



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

WAHLEN

Europa jenseits des Euro: Aus der Alternative für Deutschland muss ein Konvent für Europa werden!

Deutschland hat Stabilität und Konsens gewählt. Mit überragendem Ergebnis wurde die Bundeskanzlerin in ihrem Amt bestätigt. Sie erhält damit die Macht, vier weitere Jahre ihrem Merksatz zu folgen, dass Politik vom Ende her zu denken sei. Strategie und der langfristige Erfolg sind der Maßstab für die kurzfristige Taktik. Nicht der Weg, sondern das Ziel bestimmt das Verhalten.

Eine Politik der kleinen Schritte prägt das Denken und Handeln der Merkel'schen Politik. Lieber dreht die Kanzlerin im Kreisverkehr noch eine Runde, bevor sie sich festlegt, wann sie in jene Straße abbiegt, die sie ihrem Ziel tatsächlich näher bringt. Dadurch wird das Tempo von Veränderungen gedrosselt. Das muss für die Qualität der Entscheidung kein Schaden sein. Trübt dichter Nebel die Sicht, ist das Fahren auf Sicht eine angepasste Verhaltensweise. Sich langsam vorzutasten ist vernünftiger, als mit Vollgas in eine Richtung zu rasen, die zu rasch in den Abgrund führen kann.

Das Wahlergebnis belegt, wie breit der Konsens der Deutschen zu wichtigen Zukunftsfragen ausfällt. Das gilt ganz besonders für die Europapolitik. Die Alternative für Deutschland (AfD), die eine radikale Neuausrichtung und ein Ende des Euro wollte, hat ein beachtliches Ergebnis erzielt. Als Protestpartei sammelte sie jedoch auch die Stimmen vieler Kritiker, Unzufriedener, Frustrierter, Gescheiterter und Benachteiligter ein und zwar an beiden En-

den des politischen Spektrums zur Linken wie zur Rechten. Dennoch blieb die AfD unter der 5 %-Grenze. Das alleine verdeutlicht, wie unglaublich stark das politische Zentrum ist und wie schwach die extremen Ränder bleiben.

Offenbar besteht in Deutschland unabhängig von der politischen Farbenlehre eine weitreichende Einigkeit über die wirklich wichtigen Fragen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft und Europapolitik. Natürlich nervt es die Masse, dass mit deutschen Steuergeldern der Schlendrian anderer finanziert wird. Niemand will ein bodenloses Fass von Transfers oder eine unbegrenzte Vergemeinschaftung von Schulden. Alle wollen einen fairen Lastenausgleich, ein Fordern vor einem Fördern. Und trotzdem konnten die Euro-Gegner nicht einmal 5 % der Deutschen für eine fundamentale Richtungsänderung, eine Abkehr vom Euro und eine Rückkehr zur D-Mark, gewinnen.

Fakt ist, dass die überragende Mehrheit der Deutschen am Euro festhalten will. Sicher aber ist auch, dass diese breite Zustimmung nur mit Ängsten und Sorgen und nur dank des Vertrauens in Angela Merkel zustande kam. Bei allem Respekt für die Kanzlerin ist dieses Fundament der Unsicherheit keine tragfähige Grundlage für eine nachhaltige Politik.

Ob schwarz-rote oder schwarz-grüne Koalition: Beide wären gut beraten, das Thema

„Europa“ ganz oben auf die Agenda zu setzen. Nicht nur politisch, sondern genauso gesellschaftlich wie auch ökonomisch muss jetzt eine tiefe und breite Diskussion über die Zukunft Europas jenseits des Euro losgetreten werden. Es wäre in jeder Hinsicht töricht, die Euro-Kritiker als rechtsradikal abzustempeln und ihre Argumente zu tabuisieren oder mit Macht beiseite zu schieben. Eine offensive Auseinandersetzung muss aus der Alternative für Deutschland ein Konvent für Europa machen.

Ab sofort und bereits in den Koalitionsverhandlungen soll darüber gestritten werden, was Europa für Deutschland bedeutet und wie Deutschland seine Rolle in Europa versteht. Dabei muss die Europadiskussion weit mehr sein als eine simple Kosten-Nutzen-Rechnung der Eurorettung. Denn was genau Kosten und was Nutzen sind und wie sich die beiden messen, vergleichen und bilanzieren lassen, sind alles andere als eindeutig zu beantwortende Fragen.

Bereits im Kleinen sind Kosten-Nutzen-Rechnungen heikel. Ganz besonders

schwierig sind sie beim großen Thema der Europapolitik. In der hoch komplexen Gemengelage der realen Welt existieren – anders als in der stillen Professorenstube, den ökonomischen Lehrbüchern oder den Natur- und Ingenieurwissenschaften – keine immer richtigen Gesetze oder abschließenden exakten Wahrheiten. Auf die normativen Fragen nach Gerechtigkeit und Verteilung, Partizipation und Teilhabe, Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenschutz ergeben sich von Gesellschaft zu Gesellschaft und von Periode zu Periode immer wieder andere „richtige“ Antworten. Daran sollten die D-Mark-Anhänger denken, wenn sie fordern, den in die Pubertät gekommenen Euro zu beerdigen, weil die ökonomische Kosten-Nutzen-Bilanz scheinbar negativ geworden sei.

Nach den Bundestagswahlen muss ein Konvent für Europa eine Vision für ein Europa des 21. Jahrhunderts entwickeln. Wohin soll sich Europa politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich bewegen und welche Rolle kommt dabei Deutschland zu? Wollen die Deutschen die Vereinigten

Staaten von Europa oder ein Europa der Nationalstaaten? Was soll zentral aus Brüssel und was kann ruhig lokal organisiert werden? Zu einer offen geführten Debatte gehört es auch, Alternativen für Deutschland zu entwickeln und aufzuzeigen, wie im Spannungsfeld von Solidarität und Subsidiarität unter welchen Bedingungen und mit welchen Kosten der Euro-Raum stabilisiert werden kann.

Die Vision Europas soll keine Blaupause eines großen Wurfes liefern. Im Gegenteil. Sie ist bestenfalls ein sehr langfristiges Ziel. Sie erlaubt, den Kompass zu norden, mit dessen Hilfe man aus dem Nebel finden kann. Kennt die neue Bundesregierung das von der Bevölkerung gewünschte und entsprechend mitgetragene Ende, ergeben sich daraus die weiteren kleinen Schritte auf einem langen Weg, für den sich Deutschland und Europa durchaus genügend Zeit nehmen können und nehmen sollen.

Dieser Beitrag erschien am 24. September 2013 auf „Die Welt“ (www.welt.de).